



NIEDERSCHRIFT
über die öffentliche

Sitzung des Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts-, und Forstausschusses

vom 18. Juni 2024 (16:30 - 18:20 Uhr)
im Sitzungssaal des Rathauses

Vorsitz:

1. Bürgermeister Claus Schwarzmann

Gremiumsmitglieder:

Georg Eismann
Christian Grieb
Martin Albert
Josef Arneth
Monika Dittmann
Rudolf Fischer
Irmgard Heckmann
Arnulf Koy
Georg Peßler

Bemerkung:

Vertretung für Ulrike Nistelweck

Entschuldigt sind

Frederik Jung
Ulrike Nistelweck
Stefan Pfister

Verwaltung

Robert Huber

Schriftführer

Weiterhin anwesend:

Presse: Pauline Lindner
Zuhörer: 2

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Ortsbesichtigungen
- 1.1 Bauvoranfrage: Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung und Garage und Carport;
Bauort: Fl.Nr. 122, Gemarkung Rettern (Kanzelstraße)
2. Eröffnung der Sitzung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts- und Forstausschusses vom 07.05.2024 (ö.T.)
4. Bauanträge, Bauvoranfragen
- 4.1 Bauantrag: Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Stellplätzen;
Bauort: Fl.Nr. 2260/3, Gemarkung Eggolsheim (Lilienweg 8)
- 4.2 Bauantrag: Anbau eines Wintergartens;
Bauort: Fl.Nr. 489/1, Gemarkung Neuses (Schippelgasse 3)
- 4.3 Bauantrag: Errichtung eines Wintergartens;
Bauort: Fl.Nr. 433/4, Gemarkung Neuses (Regnitzstraße 22)
- 4.4 Bauantrag: Umbau und Sanierung eines Einfamilienhauses;
Bauort: Fl.Nr. 509, Gemarkung Neuses (Altendorfer Straße 13)
- 4.5 Bauantrag: Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage;
Bauort: Fl.Nr. 609/1, Gemarkung Drosendorf (Feuersteinstraße 79)
- 4.6 Bauantrag: Erstellen eines Treppenhauses als Zwischenbau eines historischen Wohnhauses und einer Doppelgarage;
Bauort: Fl.Nr. 32, Gemarkung Eggolsheim (Hartmannstraße 2)
- 4.7 Antrag auf Befreiung von der Gestaltungssatzung: Errichtung einer Gartenmauer;
Bauort: Fl.Nr. 1, Gemarkung Drügendorf (Drügendorf 6)
- 4.8 Antrag auf Befreiung von der Gestaltungssatzung: Errichtung eines Carports;
Bauort: Fl.Nr. 722/1, Gemarkung Bammersdorf (Kirschäckerstraße 3a)
5. Bauleitplanung
- 5.1 Bebauungs- und Grünordnungsplan „Bahnhofsiedlung Nord-Ost“: Abwägung der zur erneuten förmlichen Öffentlichkeits-, Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen
- 5.2 Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich „Energiepark Neuses Nord“: Abwägung der im Rahmen der vorgezogenen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen; Billigung zur öff. Auslegung
- 5.3 Beteiligung an der Bauleitplanung Stadt Forchheim: Ergänzungssatzung Nr. 7/12 "Burker Straße 77a"
6. Bekanntgabe von nichtöffentlichen Beschlüssen über Angelegenheiten, bei denen der Grund der Geheimhaltung entfallen ist
7. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung:

1. Ortsbesichtigungen

1.1 Bauvoranfrage: Neubau eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung und Garage und Carport; Bauort: Fl.Nr. 122, Gemarkung Rettern (Kanzelstraße)

Sachverhalt:

Die Antragsteller beabsichtigen die Errichtung eines Einfamilienhauses mit Einliegerwohnung mit Garage und Carport auf der östlichen Teilfläche des Grundstücks Fl.Nr. 122, Gemarkung Rettern.

Das Vorhaben befindet sich, von Weilersbach kommend, am Ortseingang Rettern westlich der Kanzelstraße. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befinden sich mehrere Wohnhäuser. Nach dem Flächennutzungsplan des Marktes Eggolsheim liegt das Vorhaben jedoch im Außenbereich. Daher ist davon auszugehen, dass für die Bebauung eine entsprechende Einbeziehungssatzung erforderlich ist. Sofern der Bauausschuss einer Bebauung des Grundstückes grundsätzlich zustimmt, erfolgt eine entsprechende Abstimmung mit dem Landratsamt Forchheim. Aufgrund der Nähe zum Aussiedlerhof ist vorab auch das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu beteiligen.

Zusätzlich sollten auch die Eigentümer der Fl.Nrn. 136 und 137, Gemarkung Rettern, angefragt werden, ob ihre Grundstücke mit einbezogen werden sollen.

Die Erschließung des Grundstückes müsste auf Kosten der Bauherren hergestellt werden. Hierfür muss eine Wasserleitung, die sich im Bereich des Baufeldes befindet, umgelegt werden. Der SW-Kanal befindet sich im östlichen Bereich der Kanzelstraße; das Oberflächenwasser kann möglicherweise in den benachbarten Graben geleitet werden.

Aus Sicht der Verwaltung kann dem Vorhaben grundsätzlich zugestimmt werden, sofern die Vereinbarung zum Baulandmodell unterzeichnet, die Erschließung von den Bauherren übernommen sowie die erforderliche Einbeziehungssatzung erlassen werden kann.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Marktes Eggolsheim stimmt einer Bebauung der östlichen Teilfläche des Grundstücks Fl.Nr. 122, Gemarkung Rettern grundsätzlich unter folgenden Bedingungen zu:

- Die Aufplanung auf der Westseite der Kanzelstraße kann mit Zustimmung der betroffenen Grundeigentümer von der ehemaligen Schule aus mind. bis zum geplanten Baugrundstück oder sogar bis zum Feldweg Fl.Nr. 323, Gemarkung Rettern erfolgen.
- Ein möglicher Emissionsradius des Aussiedlerhofes ist dabei zu berücksichtigen.
- Hangrutschgefahr: Ein geologisches Gutachten muss die Bebaubarkeit dieses Bereiches nachweisen.
- Eine Einbeziehungssatzung und ggf. die Änderung des Flächennutzungsplanes können unter Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange rechtskräftig erlassen bzw. durchgeführt werden.
- Die Bebauung muss entsprechend den Vorgaben dieser Einbeziehungssatzung nach der umgebenden Bebauung erfolgen. Die für die Bauleitplanung anfallenden Kosten haben die Antragsteller zu tragen.
- Eine Vereinbarung zum Baulandmodell des Marktes Eggolsheim ist mit den Bauherren abzuschließen.
- Hinsichtlich der Erschließung des Grundstückes sind mit den Bauherren Sondervereinbarungen mit dem Inhalt der Kostenübernahme für die Grundstücksanschlüsse für Wasser und Kanal

abzuschließen. Im Bereich des Baufeldes verläuft eine Wasserleitung des ZWE; diese ist auf Kosten der Bauherren in Abstimmung mit dem ZWE zu verlegen.

Mit den weiteren Versorgungsträgern sind von den Bauherren gesonderte privatrechtliche Vereinbarungen zu treffen.

- Die ggf. geforderte naturschutzrechtliche Ausgleichspflicht ist von den Bauherren anzuerkennen und auf eigene Kosten und eigenem Grundstück in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

2. Eröffnung der Sitzung

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Claus Schwarzmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts- und Forstausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts- und Forstausschusses fest.

3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts- und Forstausschusses vom 07.05.2024 (ö.T.)

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bau-, Umwelt-, Energie-, Landschafts- und Forstausschusses wurde allen Mitgliedern des Bauausschusses über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt bzw. zugesandt. Bedenken gegen die Niederschrift wurden nicht erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

4. Bauanträge, Bauvoranfragen

4.1 Bauantrag: Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Stellplätzen; Bauort: Fl.Nr. 2260/3, Gemarkung Eggolsheim (Lilienweg 8)

Sachverhalt:

Die Antragsteller reichen für den Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Stellplätzen einen Bauantrag ein. Das Wohnhaus ist zweigeschossig mit einem flachgeneigten Satteldach mit einer Neigung von 22° geplant.

Im Flächennutzungsplan des Marktes Eggolsheim ist das Gebiet als Wohnbaufläche dargestellt. Ein rechtskräftiger Bebauungsplan besteht nicht. Es gelten somit die Festsetzungen der Gestaltungssatzung und der Stellplatz- und Garagensatzung des Marktes Eggolsheim. Befreiungen von den Satzungen sind nicht beantragt.

Aus Sicht der Verwaltung kann dem Vorhaben zugestimmt werden, da es sich in die Umgebung einfügt.

Die Nachbarn haben dem Vorhaben durch Unterschrift auf den Planunterlagen zugestimmt (Eigentümer Fl.Nr. 2259/1, Gem. Eggolsheim fehlt).

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gemäß § 36 BauGB.

Bei Anschluss des Gebäudes an die öffentliche Kanalisation hat der Bauwerber sein Anwesen gegen Rückstau selbst zu schützen (z.B. durch Einbau einer Rückstauklappe). Für das Anwesen besteht lediglich ein Schmutzwasseranschluss. Anfallendes Regenwasser ist über Rigolen zu versickern.

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

4.2 Bauantrag: Anbau eines Wintergartens; Bauort: Fl.Nr. 489/1, Gemarkung Neuses (Schippelgasse 3)

Sachverhalt:

Die Antragsteller reichen für den Anbau eines Wintergartens am bestehenden Wohnhaus einen Bauantrag ein. Der Wintergarten soll an der südwestlichen Gebäudeseite errichtet werden.

Das Vorhaben befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Neuses Nord“. Vom Bebauungsplan sind Befreiungen für die Dachneigung, -form und -eindeckung des Wintergartens erforderlich. Der Wintergarten ist mit einem flachen Dach geplant. Als Dacheindeckung sind PV-Module aus Verbundsicherheitsglas vorgesehen. Der Bebauungsplan sieht als Dachform ein Sattel- bzw. Walmdach vor. Für die Eindeckung sollen Dachpfannen bzw. Biberschwanzziegel verwendet werden.

Aus Sicht der Verwaltung können die erforderlichen Befreiungen befürwortet werden, da sich das Bauvorhaben in die umliegende Bebauung einfügt.

Die Nachbarn haben dem Vorhaben durch ihre Unterschrift auf den Planunterlagen zugestimmt.

Beschluss:

1. Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gemäß § 36 BauGB.
2. Der Erteilung der erforderlichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Neuses Nord“ hinsichtlich der Dachneigung, -form und -eindeckung wird zugestimmt.

Bei Anschluss des Gebäudes an die öffentliche Kanalisation hat der Bauwerber sein Anwesen gegen Rückstau selbst zu schützen (z.B. durch Einbau einer Rückstauklappe).

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

4.3 Bauantrag: Errichtung eines Wintergartens; Bauort: Fl.Nr. 433/4, Gemarkung Neuses (Regnitzstraße 22)

Sachverhalt:

Die Antragstellerin reicht für die Errichtung eines Wintergartens einen Bauantrag ein. Der Wintergarten ist an der Südseite des Wohnhauses geplant.

Das Vorhaben befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Neuses, Nord“. Vom Bebauungsplan sind Befreiungen für die Dachgestaltung des Wintergartens (Dachform, -neigung und -eindeckung) erforderlich. Der Wintergarten ist mit einem flachen Dach (Dachneigung 24°) und einer Holz-Glaseindeckung geplant. Der Bebauungsplan sieht als Dachform ein Sattel- bzw. Walmdach mit einer Neigung zwischen 25 und 38° vor. Als Eindeckung sind Flachdachpfannen bzw. Biberschwanzziegel in dunkelbraun oder dunkelgrau/schwarz vorgegeben. Die Befreiungen werden wie folgt begründet: „Bei der Baumaßnahme handelt es sich um einen Wintergarten, der transparent gestaltet werden soll. Die Eindeckung erfolgt mit einer Holz-Glaseindeckung, um eine Wärmegewinnung und somit Energiesparpotentiale zu generieren. Die Dachneigung ist zum Bebauungsplan unwesentlich abweichend und fügt sich harmonisch in das Gesamtbild der Bebauung ein.“

Aus Sicht der Verwaltung kann dem Vorhaben zugestimmt und die erforderlichen Befreiungen erteilt werden, da sich das Bauvorhaben in die umliegende Bebauung einfügt. Im Bebauungsplangebiet wurden bereits mehrfach Befreiungen für die Dachgestaltung von Wintergärten erteilt.

Die Nachbarn wurden nicht beteiligt.

Beschluss:

1. Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gemäß § 36 BauGB.
2. Der Erteilung der erforderlichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans „Neuses, Nord“ wird zugestimmt.

Bei Anschluss des Gebäudes an die öffentliche Kanalisation hat der Bauwerber sein Anwesen gegen Rückstau selbst zu schützen (z.B. durch Einbau einer Rückstauklappe).

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

4.4 Bauantrag: Umbau und Sanierung eines Einfamilienhauses; Bauort: Fl.Nr. 509, Gemarkung Neuses (Altendorfer Straße 13)

Sachverhalt:

Die Antragsteller reichen für den Umbau und die Sanierung eines Einfamilienhauses einen Bauantrag ein. Im Bereich des Einganges wird an der östlichen Gebäudeseite ein Windfang errichtet. An der westlichen Seite des Daches ist eine Schleppdachgaube geplant. Im Anschluss an das Wohnhaus sollen eine Terrasse sowie ein Pool entstehen.

Das Vorhaben befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Neuses, Nord“. Vom Bebauungsplan ist eine Befreiung für das Überschreiten der Baugrenze erforderlich, da sich der geplante Windfang und auch das bestehende Gebäude außerhalb der Baugrenze befinden. Eine weitere Befreiung ist für die Dachform des Windfanges erforderlich. Dieser ist mit einem Flachdach statt eines Satteldaches geplant.

Aus Sicht der Verwaltung kann dem Vorhaben zugestimmt und die Befreiungen erteilt werden. Die Baugrenze wird nur geringfügig überschritten.

Die Nachbarn wurden nicht beteiligt.

Beschluss:

1. Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gemäß § 36 BauGB.
2. Der Erteilung der erforderlichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Neuses, Nord“ wird zugestimmt.

Bei Anschluss des Gebäudes an die öffentliche Kanalisation hat der Bauwerber sein Anwesen gegen Rückstau selbst zu schützen (z.B. durch Einbau einer Rückstauklappe).

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

**4.5 Bauantrag: Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage;
Bauort: Fl.Nr. 609/1, Gemarkung Drosendorf (Feuersteinstraße 79)****Sachverhalt:**

Die Antragsteller reichen für die Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage einen Bauantrag ein. Das Wohnhaus ist als Bungalow mit einem Walmdach, die Garage mit einem begrünten Flachdach geplant.

Im Flächennutzungsplan des Marktes Eggolsheim ist das Gebiet als Wohnbaufläche dargestellt. Ein rechtskräftiger Bebauungsplan besteht nicht. Es gelten somit die Festsetzungen der Gestaltungssatzung sowie der Stellplatz- und Garagensatzung des Marktes Eggolsheim. Von der Stellplatz- und Garagensatzung ist eine Befreiung für die Dachform der Garage erforderlich, da diese mit einem Flachdach ausgeführt werden soll.

Abweichend von der vorliegenden Planung kann die Zufahrt jedoch nicht direkt von der Kreisstraße aus erfolgen, da sich das Baugrundstück außerhalb der OD-Grenze befindet. Bei einem Ortstermin mit den Bauherren und Herrn Haagen von der Tiefbauabteilung des Landratsamtes wurde besprochen, dass die Zufahrt über den Flurweg Nrn. 608 und 1965/10, Gem. Drosendorf, erfolgen kann. Der Teilbereich der Fl.Nr. 608 (Lageplan Zufahrt blau gekennzeichnet) wird von den Bauherren geschottert; der Unterhalt dieses Bereiches wird ebenfalls von den Bauherren übernommen.

Bezüglich der Zufahrt und des Garagenstandortes wurden die Pläne überarbeitet.

Aus Sicht der Verwaltung kann dem Vorhaben und der erforderlichen Befreiung von der Stellplatz- und Garagensatzung zugestimmt werden, sofern das Flachdach der Garage begrünt wird. Das Vorhaben fügt sich in die umgebende Bebauung ein.

Beschluss:

1. Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gemäß § 36 BauGB.
2. Der Erteilung der erforderlichen Befreiung von der gemeindlichen Stellplatz- und Garagensatzung wird zugestimmt, mit der Auflage, dass das Flachdach der Garage begrünt wird.
3. Die Zufahrt kann unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten (OD-Grenze) ausnahmsweise über den gemeindlichen Weg Fl.Nrn. 608 und 1965/10, Gem. Drosendorf, erfolgen. Eine nochmalige Abstimmung mit den Bauherren soll erfolgen! Die Unterhaltungspflicht für den Teilbereich der Fl.Nr. 608, Gem. Drosendorf, muss auf die Grundstückseigentümer übertragen werden. Winterdienst kann nicht gewährleistet werden.

Bei Anschluss des Gebäudes an die öffentliche Kanalisation hat der Bauwerber sein Anwesen gegen Rückstau selbst zu schützen (z.B. durch Einbau einer Rückstauklappe).

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

**4.6 Bauantrag: Erstellen eines Treppenhauses als Zwischenbau eines historischen Wohnhauses und einer Doppelgarage;
Bauort: Fl.Nr. 32, Gemarkung Eggolsheim (Hartmannstraße 2)**

Sachverhalt:

Der Antragsteller reicht für die Errichtung eines Treppenhauses einen Bauantrag ein. Das Treppenhaus ist an der Südseite des Wohnhauses geplant und soll mit einem Satteldach ausgeführt werden.

Im Flächennutzungsplan des Marktes Eggolsheim ist das Gebiet als Gemischte Baufläche dargestellt. Das Gebiet wird dem Innenbereich zugeordnet. Zudem befindet sich der Bereich im denkmalgeschützten Ensemble von Eggolsheim.

Aus Sicht der Verwaltung kann dem Vorhaben zugestimmt werden.

Die Nachbarn haben dem Vorhaben teilweise durch ihre Unterschrift auf den Antragsunterlagen zugestimmt.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gemäß § 36 BauGB.

Bei Anschluss des Gebäudes an die öffentliche Kanalisation hat der Bauwerber sein Anwesen gegen Rückstau selbst zu schützen (z.B. durch Einbau einer Rückstauklappe).

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

**4.7 Antrag auf Befreiung von der Gestaltungssatzung: Errichtung einer Gartenmauer;
Bauort: Fl.Nr. 1, Gemarkung Drügendorf (Drügendorf 6)**

Sachverhalt:

Der Antragsteller beantragt für die Errichtung einer Gartenmauer an der Grundstücksgrenze zum Anwesen Drügendorf 4 eine Befreiung von der Gestaltungssatzung des Marktes Eggolsheim. Die bestehende Gartenmauer musste auf einer Länge von etwa 9,3 Meter aufgrund von Frostschäden teilweise abgetragen und neu errichtet werden. Im Mittel ergibt sich eine Mauerhöhe von 1,0 m ab Geländeoberfläche.

Aufgrund der geplanten Höhe ist die Mauer grundsätzlich verfahrensfrei. Die Gestaltungssatzung legt jedoch fest, dass Einfriedungen als Zäune mit senkrechten, unverzierten Latten oder Stäben auszuführen sind. Daher ist für die geplante Mauer eine Befreiung von der Satzung erforderlich. Im Bestand war in diesem Bereich bereits eine Gartenmauer vorhanden, ebenso im weiteren Verlauf der Grundstücksgrenze in Richtung Süden.

Aus Sicht der Verwaltung kann dem beantragten Vorhaben zugestimmt werden, da am Grundstück bereits eine Mauer vorhanden ist.

Der direkt angrenzende Nachbar hat seine Zustimmung zum Vorhaben erteilt (Unterschrift auf dem Antragsschreiben).

Beschluss:

1. Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gemäß § 36 BauGB.
2. Der Erteilung der erforderlichen Befreiung von der Gestaltungssatzung des Marktes Eggolsheim wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

4.8 Antrag auf Befreiung von der Gestaltungssatzung: Errichtung eines Carports; Bauort: Fl.Nr. 722/1, Gemarkung Bammersdorf (Kirschäckerstraße 3a)

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 14.05.2024 beantragt die Antragstellerin die Erteilung einer Befreiung von der Gestaltungssatzung für die Errichtung eines Carports.

Der geplante Carport ist grundsätzlich verkehrsfrei, da er weniger als 50 m² Fläche hat (Abmessungen: 9,00 x 4,50 m). Allerdings wird eine Befreiung von der Gestaltungssatzung hinsichtlich der Dacheindeckung beantragt. Da auf dem Dach eine Photovoltaikanlage installiert werden soll, ist die Eindeckung statt mit Ziegeln oder Betonsteinen mit Trapezblech vorgesehen.

Aus Sicht der Verwaltung kann dem Vorhaben zugestimmt und die Befreiung für die Trapezblecheindeckung erteilt werden, da die Dachfläche mit Photovoltaik-Modulen belegt werden soll.

Die direkt angrenzenden Nachbarn haben dem Vorhaben durch Unterschrift auf den Planunterlagen zugestimmt.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erteilt das planungsrechtliche Einvernehmen zu dem im Betreff näher bezeichneten Bauvorhaben gemäß § 36 BauGB.

Der Erteilung der erforderlichen Befreiungen von der Gestaltungssatzung hinsichtlich der Dacheindeckung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

5. Bauleitplanung

5.1 Bebauungs- und Grünordnungsplan „Bahnhofsiedlung Nord-Ost“: Abwägung der zur erneuten förmlichen Öffentlichkeits-, Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen

Sachverhalt:

A. Stand des Verfahrens

Für den erneuten Entwurf zum BBP/GOP „Bahnhofsiedlung Nord - Ost“ in der Fassung vom 16.04.2024 erfolgte gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB jeweils in Verbindung mit § 4 a Abs. 3 BauGB in der Zeit vom 22.04.2024 bis 25.05.2024 die erneute förmliche Öffentlichkeits-, Träger- und Behördenbeteiligung. Dieser Bericht gibt das Ergebnis dieses Verfahrensschrittes wieder und wird - sofern notwendig - durch Beschlussvorschläge ergänzt.

B. ERNEUTE FÖRMLICHE ÖffentlichkeitsBETEILIGUNG

Sachverhalt:

Dem Markt Eggolsheim ging eine Stellungnahmen zu:

Bürger 1 (Email vom 21.05.24):

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Durchsicht der ausgelegten Planunterlagen sind uns folgende Punkte unklar:

- Im Überflutungsnachweis ist unser (seit 15.01.2021 bestehendes) Haus in der Frankenstraße nicht eingezeichnet, dementsprechend auch nicht berücksichtigt.
- Auch die geplante Lärmschutzwand (welche laut Gutachten flächenbündig zum Erdreich sein muss) wurde bei den Berechnungen der Fließwege nicht berücksichtigt.
- Es wird aufgrund der Überflutungssimulationen eine Anböschung der Straße südlich des Bebauungsgebietes empfohlen.

Hier befindet sich auch unser besagtes Grundstück/ Haus. Wie muss man sich eine Zufahrt über die Planstraße E dann vorstellen? Entsteht dadurch auf einem Teil unseres Grundstückes durch die Anböschung und die Lärmschutzwand eine von 3 Seiten geschlossene Wassersackgasse? Im schlimmsten Fall, fließt dieses Wasser dann komplett auf unser Haus/Grundstück zu? Untenstehend ein Ausschnitt aus unserer Baugenehmigung von 2020, hier ist ein Höhenniveau eingezeichnet. Die Grundstücksgrenze zur Planstr. E liegt auf 254,62 ü NN. Im Überflutungsnachweis wird eine Anböschung auf 256,52 ü NN empfohlen. Macht eine Höhendifferenz von 1,9m!

- Könnte uns jemand vom Planungsbüro zur besseren Veranschaulichung bitte baldmöglichst die Höhenniveaus der zukünftigen Zufahrtsstraße und der Lärmschutzwand vor Ort und in unserer Anwesenheit aufzeigen?

Vielen Dank und viele Grüße

Beschluss:

Zum Zeitpunkt der Grundlagenerhebung war das Grundstück noch unbebaut. Daher ist das Gebäude im Überflutungsnachweis nicht eingezeichnet. Das Grundstück ist aber mit der Bahnhofsiedlung im Gutachten enthalten. Für das Grundstück gilt wie für die Bahnhofsiedlung insgesamt ein Verschlechterungsverbot. Daher werden im Rahmen der Erschließung des Baugebietes Vorsorgemaßnahmen getroffen, um zu verhindern, dass durch das Baugebiet zusätzlich anstauendes Oberflächenwasser von außerhalb in die Bahnhofsiedlung eindringt. Daher wirkt sich auch die Lärmschutzwand nicht negativ auf eine Überflutungssituation der bestehenden Siedlung aus. Sofern die bestehende Bahnhofsiedlung im Falle eines hundertjährigen Hochwassers dennoch überflutet werden

sollte, betrifft dies aufgrund des flachen Geländes alle Anwesen gleichermaßen und wird nicht durch das Baugebiet verursacht bzw. verschärft. Dies zeigen die Karten im vorher-nachher-Vergleich.

Bei der erwähnten Verlegung des südlichen Weges ist die Fortsetzung der „Rinnigstraße“ nach Osten, nämlich des Feldweges Fl.Nr. 695, Gemarkung Eggolsheim gemeint. Es betrifft nicht die Planstraße „E“. Die empfohlene Anböschung auf 256,52 ü NN wird für die neu zu errichtenden Wohngebäude am nördlichen und östlichen Rand des Baugebietes empfohlen und betrifft nicht den Bestand.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Fragen zur Erschließung und dem Höhenniveau im Rahmen eines Ortstermins gemeinsam mit dem zwischenzeitlich mit der Planung der Erschließungsanlagen beauftragten Ingenieurbüro zu beantworten. Dieser Termin ist bereits für den 20.06.24 eingeplant.

Abstimmung: 10:0

C. ERNEUTE FÖRMLICHE Träger-/Behördenbeteiligung, Keine Stellungnahmen abgegeben

Sachverhalt:

Von folgenden Trägern/Behörden wurden keine Stellungnahmen abgegeben:

- Wasserwirtschaftsamt Kronach, Kronach
- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, Forchheim
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Bamberg, Bereich Forsten, Zweigstelle Scheßlitz
- Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken, Bamberg
- Bund Naturschutz in Bayern e. V., Kreisgruppe Forchheim
- Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V., Bezirksgeschäftsstelle Oberfranken, Bayreuth
- Verein für Landschaftspflege, Artenschutz und Biodiversität in Bayern e. V., Erbendorf
- Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Region Süd, Kompetenzteam Baurecht, München
- Deutsche Telekom Technik GmbH
- Zweckverband zur Wasserversorgung der Eggolsheimer Gruppe, Eggolsheim
- Zweckverband zur Abwasserbeseitigung Eggolsheim - Hallerndorf, Eggolsheim
- Kreisbrandrat Herr Flake, Forchheim
- Kreisheimatpfleger für Bodendenkmalpflege, Hr. Wagner Bubenreuth

Kenntnisnahme:

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

D. ERNEUTE FÖRMLICHE Träger-/Behördenbeteiligung, Stellungnahmen abgegeben ohne Hinweise und/oder Empfehlungen

Sachverhalt:

Von folgenden Trägern/Behörden wurden Stellungnahmen ohne Hinweise und/oder Empfehlungen abgegeben:

- Landratsamt (LRA) Forchheim, Geschäftsbereich (GB) 5 „Kreisbaumeisterin“, Schreiben vom 22.05.2024
- LRA Forchheim, Fachbereich (FB) 41 „Bauordnung (rechtlich)“, Schreiben vom 02.05.2024
- Regierung von Oberfranken, Bergamt Nordbayern, Bayreuth, Schreiben vom 23.04.2024
- Regionaler Planungsverband Oberfranken - West, Bamberg, Schreiben vom 03.05.2024
- AELF Bamberg, Bereich Landwirtschaft, Schreiben vom 22.04.2024
- Bayerischer Bauernverband, Kreisverband Forchheim, Forchheim, Schreiben vom 26.04.2024
- TenneT TSO GmbH, Bayreuth, Schreiben vom 19.04.2024
- PLEdoc GmbH, Essen, Schreiben vom 24.04.2024
- Polizeiinspektion Forchheim, Forchheim, Schreiben vom 03.06.2024

Kenntnisnahme:

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

E. ERNEUTE FÖRMLICHE Träger-/Behördenbeteiligung, Stellungnahmen abgegeben mit Hinweisen und/oder Empfehlungen

1. LRA Forchheim

1.1 Fachbereich (FB) 32 Straßenverkehr, Schreiben vom 30.04.2024

Sachverhalt:

Bezugnehmend auf die heutige Mail können wir mitteilen, dass wir an unserer Stellungnahme vom 10.08.2023 (siehe Anlage) festhalten.

Beschluss:

Die Stellungnahme vom 10.08.2023 wurde in der Marktgemeinderatssitzung am 16.04.2024 behandelt. Der damit verbundene Auszug aus der Sitzungsniederschrift ging dem FB 32 postalisch mit Schreiben vom 18.04.2024 zu. Der Markt Eggolsheim hält an den darin formulierten Abwägungsentscheidungen unverändert fest. Die Belange des Straßenverkehrs sind im notwendigen Umfang berücksichtigt.

Abstimmung: 10:0

1.2 FB 37 Müllabfuhr, Schreiben vom 30.04.2024

Sachverhalt:

Die Müllbehälter sind an durchgängig befahrbaren Straßen (bzw. mit Wendeanlage gemäß RAST 06, 3-achsige Müllfahrzeuge) bereitzustellen. Separat ausgewiesene Stellplätze sind hier nachzuweisen. Die Freihaltezonen (Schwenkbereiche) sind Teil der Wendeanlage (/Wendehammer) und müssen ebenfalls nutzbar sein. Privatwege werden nicht angefahren.

Beschluss:

Die genannten Belange sind bekannt und planerisch berücksichtigt (s. Teil A. Kap. 8.4 „Verkehrsflächen“ und Teil A. Kap. 8.6.5 „Müllbeseitigung“).

Abstimmung: 10:0

1.2 FB 42 Naturschutz (Untere Naturschutzbehörde), Schreiben vom 21.05.2024**Sachverhalt:**

Die überplante Fläche wird grundsätzlich aus Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege für bebaubar gehalten. Es werden keine Einwendungen bzw. Bedenken zu dieser gelungenen Planung vorgebracht.

Kenntnisnahme:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

1.4 FB 44 Immissionsschutz, Schreiben vom 23.05.2024**Sachverhalt:**

Den Planunterlagen liegt eine überarbeitete schalltechnische Untersuchung von Höhnen & Partner vom 16.04.2024 bei. Im Vergleich zur Version vom 25.07.2023 wurde in erster Linie die Lage und Höhe der Lärmschutzwand an der Südseite des Planungsgebietes angepasst.

Darstellung und Bewertung der Immissionssituation:

In unseren bisherigen Stellungnahmen haben wir bereits auf die äußerst problematische Immissionssituation im Zusammenhang mit dem Betrieb der Wagner Zerspanungstechnik GmbH & Co. KG hingewiesen. Es wurde gefordert, dass die bauordnungsrechtliche Situation geprüft wird, um den zulässigen Umfang der Firmentätigkeit zu kennen und diesen für die schalltechnische Beurteilung heranzuziehen. Dies wurde zwischenzeitlich doch noch durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass weder im Bauamt des Marktes Eggolsheim noch im Bauamt des Landratsamtes Forchheim Bauakten insb. für die Gebäudeteile gefunden wurden, in denen die CNC-Maschinen betrieben werden. Die gesamte Nutzung, mit Ausnahme der Lagerhalle, ist daher als unzulässig anzusehen und dürfte aufgrund der Umgebung schon aus bauplanungsrechtlichen Gründen nicht genehmigungsfähig sein. Auch wenn sich der Gewerbebetrieb Wagner in Insolvenz befinden soll und derzeit nicht in Betrieb ist, sollte die Nutzung bauordnungsrechtlich untersagt werden, damit die unzulässige Nutzung dauerhaft unterbleibt. Der nicht genehmigte Zweischichtbetrieb und die teilweise Ausweitung des Betriebes in die Nachtzeit nach 22 Uhr, die aus Sicht des Immissionsschutzes äußerst problematisch sind, müssen dann nicht weiter betrachtet werden. Wenn aber nun die gewerbliche Nutzung südlich des Planungsgebietes unzulässig ist, stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Lärmschutzwand. Bauordnungsrechtlich unzulässige Nutzungen sind im Bebauungsplanverfahren nicht abwägungsrelevant. Vielmehr wäre durch eine Nutzungsuntersagung des Betriebes für geordnete Verhältnisse zu sorgen. Das bisherige Betriebsgrundstück könnte dann für Wohnnutzung umgeplant werden. Dies würde auch den Zielen des Flächennutzungsplans entsprechen, der für diesen Bereich Wohnbauflächen vorsieht.

Beschluss:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und seitens des Marktes Eggolsheim bei seinen weiteren städtebaulichen Überlegungen hinsichtlich des Umganges mit dem benachbarten Gewerbebetrieb berücksichtigt.

Abstimmung: 10:0

2. Eisenbahn - Bundesamt, Außenstelle Nürnberg, Nürnberg, Schreiben vom 16.05.2024

Sachverhalt:

Ihr Schreiben ist am 19.04.2024 beim Eisenbahn - Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange. Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren. Gegen die o. g. Planung zum Bebauungs- und Grünordnungsplan „Bahnhofsiedlung Nord - Ost“ der Marktgemeinde Eggolsheim bestehen aufgrund der relativ weiten Entfernung des Plangebietes zur Bahnlinie 5900, Nürnberg Hbf - Bamberg, von ca. 190 m insoweit keine Bedenken. Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes im Hinblick auf den Planfeststellungsbeschluss vom 22.01.2016, Az. 62110-611ppa/004/2304#001, Planfeststellungsbeschluss Forchheim – Eggolsheim, PFA 18/19, und die daraus resultierende Veränderungssperre gemäß § 19 AEG wurden in der Begründung zur o. g. Planung berücksichtigt. Ich weise vorsorglich darauf hin, dass durch den benachbarten Eisenbahnbetrieb und bei der Erhaltung der Bahnanlagen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abrieb z. Bsp. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder, etc.) entstehen, die ggf. im Rahmen der Erstellung der Bauleitplanung/Erteilung einer Baugenehmigung zu berücksichtigen wären. Sofern dies nicht ohnehin veranlasst worden sein sollte, wird die Beteiligung der Infrastrukturbetreiberin über die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Barthstraße 12, 80339 München (E-Mail: ktb.muenchen@deutschebahn.com) als Trägerin öffentlicher Belange empfohlen. Denn das Eisenbahn-Bundesamt prüft nicht die Vereinbarkeit Ihrer Planungen aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen.

Kenntnisnahme:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

3. Die Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Nordbayern, Außenstelle Bayreuth, Schreiben vom 28.05.2024

Sachverhalt:

Das Planungsgebiet für den im Betreff genannten Bebauungs- und Grünordnungsplan „Bahnhofsiedlung Nord - Ost“, liegt westlich der Bundesautobahn A73 an der Fahrbahnseite Bamberg – Nürnberg in einem Abstand von mindestens 200 m von der Fahrbahn entfernt. Die Änderungen und Hinweise wurden seitens der Autobahn GmbH zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme der Autobahn GmbH vom 23.06.2021 behält nach wie vor ihre Gültigkeit. Es darf nach wie vor nochmals darauf hingewiesen

werden, dass gegenüber dem Straßenbaulastträger keine Ansprüche aus Lärm- oder sonstigen Emissionen geltend gemacht werden können.

Beschluss:

Die Stellungnahme vom 23.06.2021 wurde in der Marktgemeinderatssitzung am 25.07.2023 behandelt. Der damit verbundene Auszug aus der Sitzungsniederschrift ging der Autobahn GmbH postalisch mit Schreiben vom 01.08.2023 zu. Der Markt Eggolsheim hält an den darin formulierten Abwägungsentscheidungen unverändert fest. Die Belange der Autobahn GmbH sind im notwendigen Umfang berücksichtigt.

Abstimmung: 10:0

4. Bayernwerk Netz GmbH, Kundencenter Bamberg, Bamberg, Schreiben vom 07.05.2024

Sachverhalt:

Nach Einsicht der uns übersandten Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass keine zusätzlichen Belange unseres Unternehmens betroffen sind. Unsere Stellungnahmen vom 17.06.2021 sowie dem 14.08.2023, behalten weiterhin ihre Gültigkeit. Wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren und Stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung. Des Weiteren bitten wir Sie, uns auch weiterhin an der Bauleitplanung und weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.

Beschluss:

Die Stellungnahme vom 17.06.2021 und vom 14.08.2023 wurde in den Marktgemeinderatssitzungen am 25.07.2023 bzw. am 16.04.2024 behandelt. Die damit jeweils verbundenen Auszüge aus den Sitzungsniederschriften gingen der Bayernwerk Netz GmbH jeweils postalisch mit Schreiben vom 01.08.2023 bzw. vom 18.04.2024 zu. Der Markt Eggolsheim hält an den darin jeweils formulierten Abwägungsentscheidungen unverändert fest. Die Belange der Bayernwerk Netz GmbH sind im notwendigen Umfang berücksichtigt.

Abstimmung: 10:0

5. Vodafone GmbH/Vodafone Deutschland GmbH, Nürnberg, Schreiben vom 22.05.2024

Sachverhalt:

Eine Ausbauentcheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung:

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH
Neubaugebiete KMU
Südwestpark 15
90449 Nürnberg

Neubaugebiete.de@vodafone.com

Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.

Weiterführende Dokumente:

- [Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH](#)
- [Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH](#)
- [Zeichenerklärung Vodafone GmbH](#)
- [Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH](#)

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH/Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Kenntnisnahme:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Satzungsbeschluss erfolgt in der nächsten Sitzung des Marktgemeinderates vom 25.06.2024.

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

5.2 Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich „Energiepark Neuses Nord“: Abwägung der im Rahmen der vorgezogenen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen; Billigung zur öff. Auslegung

Sachverhalt:

Die am 08.03.2024 vom Marktgemeinderat gebilligten Planunterlagen wurden in der Zeit vom 11.03. bis 19.04.2024 öffentlich ausgelegt. Zeitgleich wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am Verfahren beteiligt.

A Frühzeitige Bürgerbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

1. Bürger 1 (11.03.2024)

Stellungnahme:

Als Anlieger im Norden und Süden des Geltungsbereiches mit den Flurnummern sehe ich die Bepflanzung mit Sträuchern an den Grundstücksgrenzen sehr kritisch. Eine Bewirtschaftung der benachbarten landwirtschaftlichen Flächen bis zur Feldstückgrenze wird durch die grenznahe Bepflanzung sehr erschwert bzw. unmöglich gemacht. Erfahrungsgemäß werden solche Bepflanzungen kaum gepflegt und zurückgeschnitten, was über die Jahre die benachbarten Flächen durch Überwuchs und Verunkrautung zusätzlich beeinträchtigt. Dass die Einfriedung durch einen Zaun im Abstand von einem Meter zur Feldgrenze erfolgt ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, durch die Bepflanzung wird dieser Vorteil aber wieder aufgehoben. An dem angrenzenden Feldstück sollte meiner Meinung nach der freibleibende Meterstreifen mit Gras eingesät und ein- bis zweimal im Jahr vom Betreiber der Anlage abgemäht werden. So wäre eine problemlose Bewirtschaftung der Nachbarflächen weiterhin möglich. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Bedenken bei Ihrer Entscheidung.

Beschluss:

Auf die Anregung des Nachbarn wird insofern reagiert, als dass die Eingrünung der Zaunanlage auf die Innenseite des Zaunes verlegt wird.

Der freibleibende 1-m-Streifen wird als naturnahe Wiese ausgesät und vom Betreiber 2 mal im Jahr gemäht.

Abstimmung: 10:0**B Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 Bau GB)****Keine Stellungnahme haben abgegeben:**

1. Wasserwirtschaftsamt Kronach
2. Landesamt für Denkmalpflege Bayern
3. Bund Naturschutz e.V. Geschäftsstelle Nordbayern, Nürnberg
4. Bund Naturschutz e.V.; Kreisgruppe Forchheim
5. Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V.; Hilpoltstein
6. Autobahndirektion Nordbayern, Dienststelle Bayreuth
7. Gewerbeaufsichtsamt Coburg
8. Zweckverband zur Abwasserbeseitigung Eggolsheim
9. Zweckverband zur Wasserversorgung Eggolsheim
10. Markt Buttenheim
11. Markt Heiligenstadt
12. Stadt Ebermannstadt
13. Bezirk Oberfranken, Bayreuth
14. Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken, Bamberg
15. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
16. Bayerisches Landesamt für Umwelt, Augsburg
17. Deutsche Bahn Netz AG, Regionalbereich Süd
18. Deutsche Bahn Energie GmbH, Frankfurt/ Main
19. ADFC Forchheim
20. Gewerbe- und Wohnbau Eggolsheim GmbH

Stellungnahmen ohne Einwendungen oder Bedenken haben abgegeben:

21. Landratsamt Forchheim (GB 5), Kreisbaumeisterin Schmidt (18.04.2024)
22. Amt für Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten, Schillerplatz 15, 96047 Bamberg (09.04.2024)
23. Amt für Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten, Neumarkt 20, 96110 Scheßlitz (07.03.2024)
24. Regierung von Mittelfranken, Luftamt Nordbayern (14.03.2024) – keine weitere Beteiligung gewünscht
25. Fernwasserversorgung Oberfranken (26.03.2024)
26. Gemeinde Hallerndorf (19.03.2024)
27. Gemeinde Weilersbach (09.04.2024) – keine weitere Beteiligung gewünscht
28. Stadt Forchheim (26.03.2024)
29. TenneT TSO GmbH (07.03.2024)
30. Gemeinde Altendorf (22.05.2024) –

Stellungnahmen mit Sachvortrag:

Nummerierung: 2 bis 14

Folgende Stellungnahmen mit Sachvortrag wurden abgegeben:

2. Regierung von Oberfranken (17.04.2024)

Gemäß Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) 6.2.1 (Z) sind erneuerbare Energien dezentral in allen Teilräumen verstärkt zu erschließen und zu nutzen. Diesem Ziel der Raumordnung kommt die vorliegende Planung nach. Um eine Landschafts- und Siedlungs-beinträchtigung möglichst gering zu halten, sollten gemäß Grundsatz 6.2.3. LEP von Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorzugsweise auf vorbelasteten Standorten (bspw. entlang von Infrastruktureinrichtungen) geplant und errichtet werden. Des Weiteren ist anzumerken, dass sich das Vorhaben innerhalb des Regionalen Grünzuges "115 Aischtal und Regnitztal bei Altendorf" befindet. In Regionalen Grünzügen sind Planungen und Maßnahmen, die den Regionalen Grünzügen zugewiesene Funktion (hier Erholungsvorsorge und Klimaverbesserung) beeinträchtigen, unzulässig (Z B I 1.3.1 Regionalplan Oberfranken-West). Auf Grund der geringen Größe des Plangebietes werden jedoch keine wesentlichen Beeinträchtigungen des Gesamtcharakters des Grünzuges angenommen.

Beschluss:

Dem Ziel des Landesentwicklungsprogrammes Bayern kommt die vorliegende Planung nach.

Der Hinweis auf die geringfügige Beeinträchtigung des Grünzuges Regionalplan Oberfranken-West wird zur Kenntnis genommen und geteilt.

Abstimmung: 10:0

2.1 Agrarstruktur (Sachgebiet 60)

Die gewichtete Bonität der vorgesehenen Sondergebietsfläche liegt mit einem Wert von 42,59 knapp über dem Landkreisdurchschnitt des Landkreises Forchheim. Es bedarf einer besonderen Begründung, dass bei der Standortwahl das grundsätzlich einzuhaltende Kriterium der nicht überdurchschnittlichen Bonität nicht zu einer anderen Wahl geführt hat. Der landwirtschaftlichen Bodenproduktion von Nahrungsmitteln werden gut erschlossene und gut strukturierte mit öffentlichen Fördermitteln flurneugeordnete Flächen entzogen. Die weiterhin vorgesehene Nutzung von Ackerflächen wird zwar begrüßt, entspricht jedoch nicht der für eine Flächenförderung nach EU-Recht oder Teilnahme an Ausschreibungen der Bundesnetzagentur für besondere PV-Anlagen einzuhaltenden Norm DIN SPEC 91434 vom Mai 2021 für Agri-PV-Anlagen (Anforderungen an die landwirtschaftliche Hauptnutzung).

Beschluss:

Die Stellungnahme der Regierung von Oberfranken (Agrarstruktur Sachgebiet 60) wird zur Kenntnis genommen. Die Abwägung ist zwischen landwirtschaftlicher Bodenproduktion und erneuerbaren Energien vorzunehmen.

Durch die Stilllegung von Ackerflächen durch PV-Anlagen können sich die intensiv genutzten Ackerflächen regenerieren und im Laufe der Zeit wieder eine höhere Bonität erreichen.

Die mögliche Teilnutzung der Flächen für landwirtschaftlichen Zweck mindern zudem die Bedenken und werden begrüßt.

Der Hinweis, dass eine Förderung nach EU-Recht für Agri-PV-Anlagen nicht möglich ist, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 10:0

2.2 Baurecht (Sachgebiet 32)

FNP und BBP:

- Es fehlt ein Umweltbericht im Sinne des § 2a Satz 1 Nr. 2 BauGB. Der Punkt 10 der Begründung (Umweltverträglichkeitsprüfung) stellt keinen Umweltbericht im Sinne dieser Vorschrift dar. Ggf. erforderliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind dabei nicht im Durchführungsvertrag zu regeln, sondern im Bebauungsplan festzusetzen.

- Die vorliegenden Begründungen sind in ihrer inhaltlichen Darstellungstiefe völlig un- zureichend. Eine Begründung muss die Planung rechtfertigen, deren Erforderlichkeit nachweisen, die einzelnen Festsetzungen und wesentlichen planungsrechtlichen Entscheidungen begründen (nicht nur benennen) sowie die wesentlichen

Auswirkungen der Planung darlegen.

- Es wird zudem auf die digitale Themenplattform für das Planen und Genehmigen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen hingewiesen, die unter dem Link

https://www.energieatlas.bayern.de/thema_sonne/photovoltaik/themenplattform-photovoltaik zu finden ist

Beschluss:

Der Umweltbericht im Sinne des § 2a Satz 1 Nr. 2 BauGB wird im Bebauungsplan festgesetzt.

Die Begründung zur Planung wird deutlicher ausgearbeitet und auch neu gegliedert.

Ein Umweltbericht wird dem Entwurf beigelegt.

Abstimmung: 10:0

2.3 BBP:

- Die Darstellung des Sondergebietes Photovoltaik sollte hinsichtlich der gesamten mit der geplanten Photovoltaikanlage überbauten Fläche in orangener Farbe im Plan dargestellt werden.

- Bei Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen sind (obere und untere) Bezugspunkte zu benennen (z.B. ab natürliche Geländeoberkante bis Firsthöhe), § 18 Abs. 1 BauNVO. Hier fehlt ein oberer Bezugspunkt.

- Nachdem es sich augenscheinlich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, regen wir an, auch Aussagen über den Vorhaben- und Erschließungsplan zu treffen. Nach § 12 Abs. 3 BauGB wird der Vorhaben- und Erschließungsplan Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplans. Gemäß § 12 Abs. 3a BauGB ist eine textliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufzunehmen, dass nur solche

Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet hat.

Beschluss:

Der Bebauungsplan wird insofern angepasst, als die im Plan überbaute Fläche der geplanten Photovoltaikanlage in orangener Farbe dargestellt wird. Ein Höhenbezugspunkt wird in den Plan eingefügt.

Der anfänglich ins Auge gefasste V+E-Plan kommt nicht zur Ausführung. Es wurde ein normales BBP-Verfahren gewählt.

Abstimmung: 10:0

2.4

Es wird dringend (falls nicht bereits geschehen) angeregt, in den Durchführungsvertrag eine Rückbauverpflichtung aufzunehmen, die voraussichtlichen Rückbaukosten zu ermitteln und diese finanziell (z.B. durch eine Bankbürgschaft) abzusichern. Zudem sollte der Rückbau in den textlichen Festsetzungen festgehalten werden.

Beschluss:

Die Verpflichtung, den Rückbau der PV-Anlage im Durchführungsvertrag zu verankern, wird aufgenommen.

Abstimmung: 10:0

2.5 Fazit:

Auf Grund seiner geringen Größe bestehen aus landesplanerischer Sicht keine grundsätzlichen Einwände gegen das Vorhaben. Um Berücksichtigung der baurechtlichen und agrarstrukturellen Hinweise wird gebeten.

Diese Stellungnahme beschränkt sich nicht nur auf die Erfordernisse der Raumordnung und Erkenntnisse aus dem Rauminformationssystem, sondern beziehen auch andere von der Regierung wahrzunehmende Aufgaben ein. Die abschließende Abwägung der jeweiligen fachlichen Hinweise obliegt der Gemeinde Eggolsheim als Trägerin der Planungshoheit.

Wir bitten nach Verfahrensabschluss um Übermittlung der rechtskräftigen Fassung der Bauleitpläne mit Begründung und der Bekanntmachung der rechtskräftigen Fassung der Bauleitpläne mit Begründung und der Bekanntmachung auf digitalem Wege (Art. 30 BayLplG) unter Verwendung des einheitlichen Betreffs "Rechtswirksamkeit eines Bauleitplans oder einer Satzung nach § 34 Abs. 4 oder § 35 Abs. 6 BauGB" an folgende E-Mail-Adresse: poststelle@reg-ofr.bayern.de.

Beschluss:

Nach Verfahrensabschluss wird die rechtskräftige Fassung der Bauleitpläne mit Begründung und Bekanntmachung auf digitalem Weg der Regierung von Oberfranken durch die Gemeinde Eggolsheim übermittelt.

Abstimmung: 10:0**3. Regierung von Oberfranken, Bergamt Nordbayern (16.04.2024)**

Das Planvorhaben befindet sich in der Nähe der im Regionalplan Oberfranken-West ausgewiesenen Vorrangfläche SD/KS24b, "Sand und Kies, Altendorf-Süd". Wir möchten darauf hinweisen, dass bei betrieblichen Tätigkeiten in der Vorrangfläche sowie widrigen Witterungsverhältnissen bestimmte temporäre Immissionseinwirkungen z. B. Staub nicht gänzlich ausgeschlossen werden können. Auf die Duldung dieser Einwirkungen ist hinzuweisen.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Regierung von Oberfranken (Bergamt Nordbayern) wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis von möglichen Immissionseinwirkungen durch Staub wird aufgenommen und auf die Duldung hingewiesen.

Abstimmung: 9:0

(3. BGM Christian Grieb war bei der Abstimmung nicht anwesend)

4. Regionaler Planungsverband Oberfranken West (15.04.2024)

Der Regionale Planungsverband Oberfranken-West nimmt zum o. g. Vorhaben des Marktes Eggolsheim, Landkreis Forchheim, wie folgt Stellung:

Das geplante Vorhaben befindet sich im Regionalen Grünzug Nr. 115 "Aischtal und Regnitztal bei Altendorf", der in seiner Abgrenzung in der Sitzung des Planungsausschusses der Planungsregion Oberfranken-West am 15.11.2023 beschlossen wurde.

Der Regionale Grünzug hat eine Größe von 568,4 ha und erfüllt die Funktionen der Erholungsvorsorge sowie der Klimaverbesserung. Gemäß Ziel B I 1.3.1 des Regionalplans Oberfranken-West sind in Regionalen Grünzügen Planungen und Maßnahmen, die die Ihnen zugewiesene Funktion beeinträchtigen, unzulässig. Die Erholungsfunktion eines Regionalen Grünzugs kann durch den Entzug nutzbarer Flächen sowie im Falle einer sehr starken technischen Überprägung der Landschaft beeinträchtigt werden.

Da das geplante Vorhaben im Verhältnis zur Gesamtgröße des Grünzugs relativ klein ist und in dessen Randlage liegt, wird davon ausgegangen, dass der Gesamtcharakter des Grünzugs nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

Wir regen jedoch an, darauf auch in der Begründung zum Vorhaben einzugehen und mögliche Maßnahmen, welche die Auswirkungen auf die Erholungsfunktion minimieren können, darzustellen.

Bei der Beurteilung der Vereinbarkeit von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien mit den Funktionen eines Regionalen Grünzugs wird das Planungsziel des Vorhabens gewürdigt, dass dieses zu einer Leistungsabdeckung von erneuerbaren Energien im Einzugsgebiet Markt Eggolsheim beiträgt.

Zudem wird das in § 2 EEG sowie in 6.1.1. LEP verankerte überragende öffentliche Interesse am Ausbau erneuerbarer Energien berücksichtigt.

Aus den genannten Gründen bestehen aus regionalplanerischer Sicht keine prinzipiellen Einwände gegen das Vorhaben.

Beschluss:

Die Stellungnahme des Planungsverbandes Oberfranken West wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis auf den regionalen Grünzug wurde bereits unter Punkt 2 gewürdigt.

Die Auswirkungen auf die Erholungsfunktion wird insofern gemindert, als die PV-Anlage an ihren Rändern eingegrünt wird und so zumindest aus Augenhöhe wenig einsehbar ist. Der westliche Rand des Plangebietes ist durch bestehende Hecken und Bäume bereits abgeschirmt.

Abstimmung: 9:0

(3. BGM Christian Grieb war bei der Abstimmung nicht anwesend)

5. Landratsamt Forchheim

Wichtiger Hinweis:

Mit der Beteiligung wird Ihnen als Träger öffentlicher Belange die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen Ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für eine den gesetzlichen Anforderungen (§1 Abs. 7 BauGB) entsprechende Abwägung und damit für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen; die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann. Die Abwägung obliegt der Gemeinde.

Hinweis des Landratsamtes:

Beim Konflikt verschiedener Belange können sich die Stellungnahmen der Fachstellen des Landratsamtes widersprechen. Das Landratsamt darf sich widersprechende Stellungnahmen seiner Fachstellen nicht untereinander abwägen.

5.1 Landratsamt Forchheim, Fachbereich 41 Bauordnung (rechtlich), Dienststelle Ebermannstadt, Oberes Tor 1, 91320 Ebermannstadt (27.03.2024)

(Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage):

Zum Entwurf des geplanten Bebauungsplans werden grundsätzlich keine Bedenken erhoben.

Allerdings:

Ggf. ist zu prüfen, ob unter Nr. 3 (Maß der baulichen Nutzung) eine Unterscheidung zwischen Modulhöhe und Höhe sonstiger Gebäude notwendig erscheint.

Beschluss:

Die Stellungnahme des LRA Forchheim Fb.41 wird zur Kenntnis genommen.

Auf dem Plangebiet wird eine Übergabestation errichtet, welche die PV-Modulhöhe überragen kann. Insofern wird hierfür eine getrennte Festsetzung aufgenommen.

Abstimmung: 9:0

(3. BGM Christian Grieb war bei der Abstimmung nicht anwesend)

5.2 Landratsamt Forchheim, Fachbereich 44 Immissionsschutz, Dienststelle Ebermannstadt, Postfach, 91320 Ebermannstadt (02.04.2024)

(Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z. B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)

Rechtsgrundlage:

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (BBodSchG - Bundes-Bodenschutzgesetz) vom 17. 03 1998 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. 07 1999 Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen für den Bodenschutz und die Altlastenbehandlung in Bayern (VSU Boden und Altlasten) vom 03. 12. 2001)

Bodenschutz

Die das Planungsgebiet umfassenden Flurstücke sind im Altlastenkataster des Landkreises Forchheim nicht aufgeführt. Sollten der Gemeinde jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt Erkenntnisse vorliegen, die auf einen Altlastverdacht schließen lassen, ist die Bodenschutzbehörde beim Landratsamt Forchheim zu informieren.

Hinweise für den Bauleitplan:

Werden bei Erschließungs- oder Baumaßnahmen Anzeichen gefunden, die auf einen Altlastverdacht schließen lassen, ist die Bodenschutzbehörde beim Landratsamt Forchheim unverzüglich zu informieren.

(Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen

Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage.

Rechtsgrundlage:

Für den Schallschutz in der städtebaulichen Planung wird die DIN 18005 Teil 1(Ausgabe Juli 2002) mit dem zugehörigen Beiblatt 1, nach Maßgabe der Bekanntmachung des BayStMI – Vollzug des Baugesetzbuches und des

Bundesimmissionsschutzgesetzes; Berücksichtigung des Schallschutzes im

Städtebau vom 3. August 1988 (Nr. II B 8-4641.1-001/87) – zur Anwendung empfohlen.)

Darstellung und Bewertung der Immissionssituation:

Im Umgriff des Planungsgebietes sind keine Immissionsorte vorhanden, so dass relevante Blendwirkungen nicht auftreten dürften. Auch unzulässige Lärmimmissionen sind nicht zu erwarten.

Dem Planvorhaben kann aus Sicht des Immissionsschutzes zugestimmt werden.

Blendwirkungen die den Verkehr auf öffentlichen Straßen bzw. Wasserwegen beeinträchtigen können, werden nicht von der Immissionsschutzbehörde beim Landratsamt Forchheim beurteilt.

Beschluss:

Die Stellungnahme des LRA Forchheim Fb.44 wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis, dass die Gemeinde Eggolsheim Erkenntnisse auf Altlasten dem LRA Forchheim mitteilt, wird in den BBP aufgenommen.

Abstimmung: 9:0

(3. BGM Christian Grieb war bei der Abstimmung nicht anwesend)

5.3 Landratsamt Forchheim, Untere Naturschutzbehörde, Dienststelle Ebermannstadt. Oberes Tor 1, 91320 Ebermannstadt

(Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z.B. Landwirtschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnung)

Zu den Festsetzungen:

Aus Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege besteht grundsätzlich Einvernehmen mit der Planung.

Allerdings kann zum eingereichten Planungsstand noch keine abschließende Prüfung der Unterlagen durchgeführt werden, da die folgenden relevanten Bestandteile der Planung noch fehlen.

Die Umweltprüfung ist gem. § 2 Abs. 4 BauGB noch durchzuführen. Ebenfalls muss gem. § 1a BauGB die Eingriffsregelung im Rahmen des Umweltberichtes abgearbeitet werden (inkl. Pflegekonzept usw.). Aufgrund der Lage der geplanten Änderungsfläche wird zudem eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung erforderlich, um etwaige Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG umfassend bewerten zu können.

Beschluss:

Die Stellungnahme der UNB des LRA wird zur Kenntnis genommen.

Umweltprüfung und spezielle artenschutzrechtliche Prüfung sind noch vorzunehmen.

Abstimmung: 10:0

5.4 Landratsamt Forchheim, Kreisheimatpfleger für Bodendenkmalpflege,

Lutz Wagner, Am Lochberg 1, 91344 Nankendorf

(Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägung nicht überwunden werden können (z.B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)

Einwendungen:

Nach Überprüfung im Denkmalatlas keine Einwendungen.

(Sonstige fachliche Informationen und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage):

Um Neuses ist eine hohe Dichte von Bodendenkmälern zu beobachten, das nächst liegende ca. 110 Meter östlich des Planungsgebietes (D-4-6232-036, Siedlung der jüngeren Latènezeit). Deshalb sollte bei etwaigen Eingriffen in den Oberboden

besonders sorgfältig auf archäologische Befunde wie Bodenverfärbungen geachtet werden.

Beschluss:

Die Stellungnahme des Kreisheimatpflegers wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis, bei etwaigen Eingriffen in den Oberboden sorgfältig auf archäologische Funde zu achten wird in den Bebauungsplan aufgenommen.

Abstimmung: 10:0

6. Staatliches Bauamt Bamberg (15.04.2024)

Das Staatliche Bauamt Bamberg, Bereich Straßenbau, nimmt als zuständige Straßenbaubehörde für die Bundes- und Staatsstraßen Stellung zu der im Betreff beschriebenen Bauleitplanung.

Die überplanten Flächen liegen westlich der (best.) St 2244 und westlich des RMD-Kanals in wohl südlicher Ausrichtung.

Wir gehen aufgrund der großen Entfernung davon aus, sich keine Beeinträchtigung des Verkehrs auf der Staatsstraße durch Blendwirkung ergeben kann. Und wir gehen davon aus, dass die Module nach Süden ausgerichtet werden und dadurch etwaig spiegelnde oder blendende Oberflächen von o.g. Straße abgewandt sind, so dass sich keine Beeinträchtigung des Verkehrs durch Blendwirkung ergeben könnte.

Aus straßenrechtlicher Sicht ergeben sich nach den vorgelegten Unterlagen zu urteilen keine Anhaltspunkte und Erkenntnisse, die nachteilige Auswirkungen auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs oder auf sonstige öffentliche Verkehrsinteressen bewirken und die gegen die geplante Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung des Bebauungsplanes sprechen würden.

Aus Erfahrungen mit ähnlichen Projekten wird vorsorglich auf eine etwaige Blendwirkung der Anlagen auf Dritte hingewiesen.

Beschluss:

Die Stellungnahme des staatlichen Bauamts wird zur Kenntnis genommen. Konkrete Auswirkungen auf die Planung ergeben sich daraus nicht.

Abstimmung: 10:0

7. Bayernwerk (21.03.2024)

Gegen das Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der Anlagen des Bayernwerkes nicht beeinträchtigt werden.

Bei der Überprüfung der Planungsunterlagen haben wir festgestellt, dass im betroffenen Bereich von uns betriebene Anlagen vorhanden sind. Wir haben zu Ihrer Information einen Übersichtsplan im Maßstab 1:1.000 beigelegt. Die betroffenen Anlagen sind farblich markiert, weitere Informationen können der Legende entnommen werden. Wir bitten Sie die Anlagen unseres Unternehmens mit dem Schutzbereich in den Planungsunterlagen zur berichtigen, bzw. zu ergänzen, mit Bayernwerk Netz GmbH zu titulieren und weitergehende Detailplanungen erneut mit uns abzustimmen.

Bei geplanten Baumaßnahmen, in der Nähe unserer Leitungen, ist vor Baubeginn eine nochmalige Einweisung anzufordern. Ansprechpartner ist das KC Bamberg, Tel.: 0951/30932-330. Entsprechende Sicherungsmaßnahmen für unsere Leitungen müssen im Zuge der weiteren Planungen festgelegt werden. 20 kV-Freileitung:

Im nordöstlichen Bereich der betroffenen Grundstücke verläuft eine 20 kV-Freileitung der Bayernwerk Netz GmbH. Der Schutzzonen-bereich dieser Freileitungen beträgt in diesen Bereich 10,0 m beidseitig der Leitungssachse.

Wir bitten nachstehende Einschränkungen des Schutzzonenbereiches der Freileitung in den Flächennutzungsplan bzw. Bebauungsplan Änderung mit aufzunehmen.

Innerhalb des Schutzzonenbereiches ist nur eine eingeschränkte Bebauung und Bepflanzung möglich. Die Abstände entsprechend DIN VDE 0210 sind einzuhalten. Außerhalb des Schutzzonenbereiches bestehen von unserer Seite keine Einwände hinsichtlich einer Bebauung.

Für die Richtigkeit des in den Lageplan eingetragenen Leitungsverlaufes besteht keine Gewähr. Maßangaben beziehen sich stets auf die tatsächliche Leitungssachse im Gelände.

Eine Nachprüfung vor Ort ist unbedingt zu empfehlen.

Wir bitten nachstehende Einschränkungen des Schutzzonenbereiches der Freileitungen mit aufzunehmen.

- Der Bauherr bzw. die Planungsbeauftragten Personen sind verpflichtet vor einer Baumaßnahme im Bereich von Versorgungsnetzen die Belange des Netzbetreibers anzufragen.
- Im Leitungsbereich sind Nutzungsänderungen des Geländes (Straße, Parkplätze, Spielplatz, usw.) sowie Änderungen am Geländeniveau der Bayernwerk Netz GmbH vorzulegen.
- Aufschüttungen, Lagerung von Baumaterial und -Hilfsmittel im Leitungsbereich, sowie Grabungen im Mastbereich sind nicht möglich ggf. nur nach Abstimmung mit der Bayernwerk Netz GmbH.
- Nachstehende Verhaltensweisen zur Verhütung von Unfällen (siehe Beiblatt zur Unfallverhütung) in der Nähe von 20 kV-Freileitungen sind unbedingt zu beachten.

Wir bitten beauftragten Firmen vor Baubeginn diese auszuhändigen. Bei nötiger Abschaltung melden Sie sich bitte unter der Tel.:

0941-28 00 33 11.

- Krananlagen dürfen nur so errichtet werden, dass sie nicht in die Schutzzone der Freileitung hineinragen. Gegebenenfalls ist der Einbau einer Schwenk-, Laufkatzbegrenzung erforderlich. Ebenso ist im Freilauf der Kran so zu verlassen und zu sichern, dass die Abstände nach DIN VDE 0105 nicht unterschritten werden. Ist dies nicht möglich, muss das Kundencenter über die allgemeine Telefonnummer der Bayernwerk Netz GmbH. (Tel.: 0941-28 00 33 11) so rechtzeitig verständigt werden, dass eine Abschaltung der Station vorgenommen werden kann. Eine längere Abschaltung ist aus versorgungstechnischen Gründen nicht möglich. Bei Nichtbeachtung besteht Lebensgefahr. Die Standsicherheit und der ungehinderte Zugang, sowie die ungehinderte Zufahrt zu unserer Leitung und den Masten, müssen jederzeit auch mit Lkw und Mobilkran gewährleistet sein. Eine Schutzzone um die Maststandorte mit 5,0 m (kreisförmig um den Mast) sind einzuhalten. Eine generelle Bauhöhe innerhalb des Schutzzonenbereiches von Freileitungen der Bayernwerk Netz GmbH. werden nicht erteilt. Sie werden im Rahmen von Bauvorhaben gemäß der DIN VDE 0210 geprüft und ausgesprochen.

Wir bitten Sie uns Bauvorhaben im Leitungsbereich zuzusenden. Das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren nimmt zwar den Bauherren in die Pflicht und endlastet Sie als Gemeinde, aber unsere Erfahrungen zeigen, dass dies nicht immer beachtet wird. Insbesondere wenn das zuständige Landratsamt im Zuge des vereinfachten Baurechts eine Baugenehmigung erteilt.

Die Folgen einer unterlassenen Vorlage kann den Umbau der 20 kV-Freileitung bedeuten, da unter Umständen die Abstände nach DIN VDE 0210 nicht eingehalten werden.

Diese Kosten dafür sind vom Verursacher zu tragen.

In Bezug auf Punkt 5.4 Leitungsbestand, in der Begründung des Bebauungsplanes, weisen wir darauf hin, dass die Anbindungs-möglichkeit der geplanten Photovoltaikanlage an das öffentliche Stromnetz erst nach Durchführung einer separaten Netzverträglichkeitsprüfung benannt werden kann.

Wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren und Stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung. Des Weiteren bitten wir Sie, uns auch weiterhin an der Bauleit-planung und weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.

Beschluss:

Die Stellungnahme des Bayernwerks wird zur Kenntnis genommen.

Auf die Einhaltung von Maßnahmen, die sich aus dem Schreiben des Bayernwerks vom 21.03.2024 ergeben, wird im BBP hingewiesen.

Vor Baubeginn sind entsprechende Sicherungsmaßnahmen für die vorhandenen Leitungen und die 20 kV-Freileitung mit dem Bayernwerk abzustimmen und vorzunehmen.

Der Schutzzonenbereich dieser Freileitungen wird in den Flächennutzungsplan bzw. Bebauungsplan aufgenommen.

Abstimmung: 10:0

8. Deutsche Telekom GmbH (15.04.2024)

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.

Gegen das Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwände.

Am Rand des Planbereichs befinden sich Telekommunikations-Anlagen der Deutschen Telekom AG, die aus dem beigelegten Bestandsplan ersichtlich sind.

Der Bestandsplan ist nur für Ihre Planungszwecke bestimmt und darf nicht an Dritte weitergegeben werden. Diese Telekommunikationsanlagen sind sowohl in deren Bestand als auch in deren ungestörten Nutzung zu schützen.

Wir bitten Sie deshalb, Ihre Planungen im Detail so auszurichten und abzustimmen, dass keine Umlegungen, Änderungen bzw. Schutzmaßnahmen an unseren Anlagen erforderlich werden. Sollten Änderungen oder Schutzmaßnahmen an den Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, so sind der Deutschen Telekom AG die durch den Ersatz oder die Verlegung dieser Anlagen entstehenden Kosten nach dem Verursacherprinzip zu erstatten.

Bei Verlegung von Starkstromkabeln auch außerhalb des Planbereiches sind die gesetzlichen Normen und Regelungen (Abstände zu Telekommunikationsanlagen) zu beachten.

Eine Überbauung unserer Anlagen ist unzulässig, da dadurch eine spätere ordnungsgemäße Unterhaltung der Anlagen erheblich erschwert bzw. verhindert wird.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Deutschen Telekom GmbH wird zur Kenntnis genommen.

Die Detailplanung ist so ausgelegt, dass Umlegungen von Leitungen der Telekom nicht notwendig werden.

Abstimmung: 10:0

9. Bayerischer Bauernverband (12.04.2024)

Die Einwände der Stellungnahme sind bei der Planung und Durchführung des Projektes zu berücksichtigen, zur vorgelegten Planung nimmt der Bayerische Bauernverband als Träger öffentlicher Belange und Interessenvertretung der bayerischen Landwirtschaft wie folgt Stellung:

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass die PV-Anlage als Agrarsolaranlage geplant ist und die Flächen weiterhin, wenn auch nur teilweise und äußerst eingeschränkt, zur landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden sollen. Dennoch ist der Flächenverbrauch einer solchen Freiflächenphotovoltaikanlage kritisch zu sehen. Dieser steht in Konkurrenz zum Flächenbedarf für die Nahrungsmittelproduktion. In Bayern wurde 2023 eine Fläche von ca. 12 ha pro Tag verbraucht und ist damit weiterhin viel zu hoch. Aufgrund des bereits immensen Flächenverbrauches in dieser Region durch Infrastrukturmaßnahmen (ICE, A73) und Sand- und Kiesabbau, sowie Industrie und Gewerbeflächen werden die landwirtschaftlichen Nutzflächen extrem knapp. In der Folge steigen die Pachtpreise und belasten die wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe neben den Flächenverlust zusätzlich.

Deshalb sollten vorrangig für die Stromerzeugung aus Photovoltaik bereits bebaute Flächen (Dachflächen) und ausgebeutete Sand- oder Kiesgruben sowie Lärmschutzwände genutzt werden. Was in dieser Region durchaus umzusetzen wäre.

Von der Baumaßnahme werden ca. 3 ha landwirtschaftliche Nutzfläche in Anspruch genommen. Dabei handelt es sich um wertvolle landwirtschaftliche Flächen. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind auf Grund und Boden als wichtigsten Produktionsfaktor angewiesen. Aus diesem Umstand ergibt sich, dass alles unternommen werden muss um die Auswirkungen auf die Land- und Forstwirtschaft auf ein Minimum zu begrenzen. Die verlorenen Flächen sind praktisch nicht durch andere zu ersetzen, sodass den landwirtschaftlichen Betrieben hierdurch ein Teil ihrer Wirtschaftsgrundlage entzogen wird. Sicherzustellen ist, dass die Agrarsolarflächen von Landwirten eben auch genutzt werden können. Auch wenn es sich um eine Agrarsolaranlage handelt, wird dennoch eine wirtschaftliche, landwirtschaftliche Nutzung stark eingeschränkt. Eine sinnvolle ackerbauliche Nutzung ist praktisch nur sehr eingeschränkt bzw. überhaupt nicht mehr möglich.

Ferner wird auf das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) verwiesen. Hier nach muss mit Grund und Boden sparsam umgegangen werden. Es ist gemäß § 15 Abs. 3 BNatSchG bei der Inanspruchnahme von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen [...]. Somit lehnen wir Ausgleichsmaßnahmen auf externen Flächen gänzlich ab, zumal bei Photovoltaikanlagen im Grunde keine Flächenversiegelung erfolgt. Die internen Maßnahmen sind unseres Erachtens vollkommen ausreichend. Dies ist nötig um einen unnötigen Verbrauch landwirtschaftlicher Fläche zu verhindern. Drainagen, die bei Baumaßnahmen des Projektes beschädigt oder abgeschnitten werden, müssen wieder fachgerecht instandgesetzt werden, bzw. neu gefasst und angebunden werden um eine Dränung der Flächen weiterhin zu gewährleisten.

Die Immissionen (v.a. Staub), die aus der Bewirtschaftung der Flächen nach guter fachlicher Praxis, entstehen, sind vom Betreiber des Solarkraftwerkes hinzunehmen. Wirtschaftswege und Zufahrten der umliegenden Grundstücke sind während und nach den Baumaßnahmen freizuhalten, sodass sie für die Landwirte uneingeschränkt nutzbar bleiben. Beim Errichten und Betreiben der Photovoltaikanlage ist eine Rücksichtnahme auf die angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen und Flurwege erforderlich. Entstandene Schäden an Wegen durch die Baumaßnahme sind zu beseitigen. Eine Bepflanzung und eine eventuelle Einzäunung dürfen die angrenzenden Grundstücke bzw. Flurwege nicht negativ beeinflussen und deren Nutzung durch die Land- und Forstwirtschaft muss uneingeschränkt möglich sein.

Die Pflege der Randgehölze, Hecken und Fläche obliegen dem Betreiber. Die Pflege der Flächen muss so erfolgen, dass ein Aussamen von etwaigen Schadpflanzen auf benachbarte landwirtschaftlich genutzte Flächen vermieden wird. Ebenso müssen Hecken und andere Gehölzpflanzen am Rand so gepflegt werden, dass es zu keiner Beeinträchtigung der benachbarten Flächen kommt. Es darf zu keiner Zeit zu negativen Einflüssen durch Beschattung, Laubfall oder ähnlichen Einflüssen kommen. Bei der Pflanzung sind die gesetzlichen Grenzabstände einzuhalten.

Für die Stromleitungen von der PV-Anlage zum Einspeisepunkt ist vorrangig öffentlicher Grund zu nutzen, z.B. entlang öffentlicher Straßen oder Wegen. Sofern es unvermeidbar ist, landwirtschaftliche Flächen in Anspruch zu nehmen, muss die Leitungstrasse vorher mit den Landwirten bzw. Grundeigentümern in einem Ortstermin entsprechend abgestimmt werden. Für etwaige Flur- und Aufwuchsschäden sowie Grunddienstbarkeiten der Leitungen sind den Bewirtschaftern bzw. Grundeigentümern angemessene Entschädigungssätze zu gewähren.

Wir weisen darauf hin, dass Ablösungen bzw. Entschädigungen durch etwaige Auflösung der bestehenden Pachtverträge an die jeweiligen Bewirtschafter durch den Betreiber des Solarkraftwerkes erfolgen müssen.

Nach Ablauf der Nutzung als Solarkraftwerk muss sichergestellt werden, dass die gesamte Fläche wieder landwirtschaftlich in vollem Umfang genutzt werden kann.

Wir bitten Sie, o.g. Einwände bei der Planung und Durchführung des Projekts zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang weisen wir ausdrücklich auf etwaige Einwendungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit der Bitte um Berücksichtigung hin.

Wir bitten um weitere Beteiligung des Verfahrens.

Beschluss:

Der Bayerische Bauernverband erhebt Einwände gegen die Planung.

Die Nutzung der Fläche zur Erzeugung erneuerbarer Energien muss gegen die landwirtschaftliche Nutzung abgewogen werden.

Die gestellten Bedingungen bei Genehmigung der Nutzung für erneuerbare Energien (PV-Anlage) werden in den BBP aufgenommen:

- Beschädigte Drainagen wieder in Stand setzen.
- Hinnehmen des Betreibers der PV-Anlage von Staubentwicklung aus Bewirtschaftung von Ackerbauflächen.
- Rücksichtnahme auf die Freihaltung von Wirtschaftswegen sowie der angrenzenden Ackerbauflächen.
- Pflege der Randgehölze durch den Betreiber.

Das Aussamen von etwaigen „Schadpflanzen“ durch die Flächen der PV-Anlage kann nicht in die Planung aufgenommen werden. Durch die extensive Bewirtschaftung der PV-Anlage wird die Diversität der Pflanzenwelt und damit auch der Tierwelt gefördert. Welche Pflanzen sich natürlich ansiedeln und ggf. als „Schadpflanzen“ angesehen werden, kann nicht vorausgesagt werden. Ebenso könnten diese „Schadpflanzen“ vom danebenliegenden Biotop streuen. Eine Zuordnung wäre nicht möglich.

Der Rückbau der PV-Anlage nach Beendigung der Nutzung durch den Betreiber der PV-Anlage ist in den Durchführungsvertrag aufzunehmen.

Abstimmung: 10:0

10.Autobahndirektion Nordbayern, Dienststelle Bayreuth (15.05.2024)

Das obengenannte Planungsgebiet befindet sich auf den Grundstücken Flurnummer 660 und 661 der Gemarkung Neuses a. d. Regnitz, westlich der Bundesautobahn A73, in einer Entfernung von mindestens 1,2 km zum äußersten befestigten Fahrbahnrand.

Aufgrund der großen Entfernung der Maßnahme zur Bundesautobahn A73 bestehen seitens der Autobahn GmbH keine Einwände.

Es darf jedoch darauf hingewiesen werden, dass von der geplanten Maßnahme keine Emissionen ausgehen dürfen, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können

Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen

Abstimmung: 10:0

11. Wasser- und Schifffahrtsamt Nürnberg (26.03.2024)

Auflagen und Bedingungen:

1. Am Bauwerk und bei den Bauarbeiten dürfen keine Zeichen oder Lichter angebracht werden, die mit Schifffahrtszeichen verwechselt oder durch die die Schiffsführer auf dem Main-Donau-Kanal geblendet bzw. behindert werden können.
2. Die Einzelelemente der Anlage müssen so ausgerichtet werden, dass bei direkter Sonneneinstrahlung weder Schiffsführer auf der Bundeswasserstraße, noch Verkehrsteilnehmer auf den Betriebswegen der WSV geblendet werden können.

Bei Errichtung ist nachzuweisen, dass keine Blendung entstehen kann. Sollte dies nicht möglich sein, ist die Gefährdung mit geeigneten Mitteln zu verhindern oder die Anordnung der Module zu verändern.

3. Der Bauherr hat dafür zu sorgen, dass bei Errichtung, Betrieb und Unterhaltung des Gebäudes keine Stoffe und Gegenstände in die Wasserstraße gelangen, die den für die Schifffahrt erforderlichen Zustand der Wasserstraße oder die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs beeinträchtigen können.

Beschluss:

Die Auflagen und Bedingungen des WSA Nrn. 1. bis 3. werden in den Bebauungsplan aufgenommen.

Abstimmung: 10:0

12. Gasline GmbH & Co. KG (07.03.2024)

wird nicht bearbeitet; nochmaliger Versuch an andere Emailadresse vom Flyer; Antwort v. BIL-Leitungsauskunft: man muss auf Internetseite, sich anmelden u. durchklicken, um eine Leitungsauskunft zu bekommen. Wurde nicht weiterbearbeitet: (Hier muss dann die Leitungsauskunft vor Beginn der Arbeiten von der Firma, die die Arbeiten ausführt, eingeholt werden.)

Beschluss:

Die Stellungnahme Gasline GmbH & Co. KG wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis auf die Einholung von Leitungsauskünften wird in den BBP aufgenommen.

Abstimmung: 10:0

13. PLEdoc GmbH (18.03.2024)

Wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns

verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:

- OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen

- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen

Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich.

Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.

Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

Beschluss:

Die Stellungnahme der PLEdoc GmbH wird zur Kenntnis genommen.

Konkrete Belange sind nicht betroffen.

Abstimmung: 10:0

14.Eisenbahnbundesamt, Nürnberg (11.04.2024)

Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.

Gegen die o. g. Planung zur Bebauungsplanaufstellung sowie Flächennutzungsplanänderung „SO Energiepark Neuses Nord“ der Marktgemeinde Eggolsheim bestehen seitens des Eisenbahn-Bundesamtes aufgrund der Entfernung des Plangebietes zur Bahnlinie 5900, Nürnberg Hbf. – Bamberg, von ca. 650 m insoweit keine Bedenken.

Rein vorsorglich ergeht der Hinweis, dass die verfahrensgegenständliche Solaranlage blendfrei zum Bahnbetriebsgelände zu errichten ist. Eine Blendwirkung ist dauerhaft auszuschließen. Es sind geeignete Blendschutzmaßnahmen zu ergreifen, so dass jegliche Blendwirkung der bewegten Schienenfahrzeuge dauerhaft ausgeschlossen ist.

Des Weiteren weise ich vorsorglich darauf hin, dass durch den benachbarten Eisenbahnbetrieb und bei der Erhaltung der Bahnanlagen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abrieb z. Bsp. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder, etc.) entstehen, die ggf. im Rahmen der Erstellung der Bauleitplanung/Erteilung einer Baugenehmigung zu berücksichtigen wären.

Sofern dies nicht ohnehin veranlasst worden sein sollte, wird die Beteiligung der Infrastrukturbetreiberin über die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Barthstraße 12, 80339 München (E-Mail: ktb.muenchen@deutschebahn.com) als Trägerin öffentlicher Belange empfohlen. Denn das Eisenbahn-Bundesamt prüft nicht die Vereinbarkeit Ihrer Planungen aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen

Anmerkung: Email wurde durch DB Imob. Reg.Süd Nürnberg v. Hr. Nitsch am 7.3.24 an KTB-München weitergeleitet

Beschluss:

Die Stellungnahme des Eisenbahnbundesamt wird zur Kenntnis genommen.

Die Hinweise sind durch die Aufnahme der gleichen Hinweise durch das Wasser und Schifffahrtsamt bereits im BBP integriert.

Einwände der DB Regio Süd wurden nicht vorgebracht.

Abstimmung: 10:0

Von den Trägern öffentlicher Belange, die keine Stellungnahme während der frühzeitigen Beteiligung abgegeben haben, ist von einem Einverständnis zur Planung auszugehen.

Beschluss:

Der Bauausschuss des Marktes Eggolsheim billigt unter Berücksichtigung der vorab gefassten Beschlüsse, den Entwurf

Bebauungsplan mit integriertem Grünordnungsplan „SO Energiepark Neuses Nord“ zur Ausweisung eines Sondergebietes sowie Änderung des Flächennutzungsplanes „für den Bereich „SO Energiepark Neuses Nord“, Gemarkung Neuses an der Regnitz, Markt Eggolsheim in der Fassung vom 06.06.2024 einschließlich der Begründung in der Fassung vom 06.06.2024.

Die Entwürfe zur Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan mit Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und es erfolgt gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die parallele Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren nach den Vorschriften des BauGB fortzuführen.

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

5.3 Beteiligung an der Bauleitplanung Stadt Forchheim: Ergänzungssatzung Nr. 7/12 "Burker Straße 77a"

Sachverhalt:

Per Email vom 10.06.24 wird der Markt Eggolsheim an der Planung der Stadt Forchheim beteiligt: Der Planentwurf zur Neuauftellung der Ergänzungssatzung Nr. 7/12, Gebiet Forchheim - Burk, Bereich „Burker Straße 77a“ in der Fassung vom 16.04.2024 wurde vom Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Forchheim in der Sitzung am 07.05.2024 für die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB bzw. für die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt.

Der Entwurf der Satzung liegt parallel zur Behördenbeteiligung in der Zeit vom 10.06.2024 bis 12.07.2024 im Stadtbauamt Forchheim während der allgemeinen Dienststunden öffentlich aus.

Die [Auslegungsunterlagen](#) sind auch über die [Homepage](#) der Stadt einzusehen.

Der Geltungsbereich umfasst ein Grundstück mit ca. 1.200 qm. Vorgesehen ist die Errichtung eines Einfamilien- oder Doppelhauses. Geplant ist ein 1,5 bis 2 geschossiges Wohngebäude mit bis zu zwei Wohneinheiten, Keller und Carport.

Beschluss:

Der Markt Eggolsheim erhebt keine Einwendungen gegen die vorliegende Planung der Stadt Forchheim im Ortsteil Burk.

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

6. Bekanntgabe von nichtöffentlichen Beschlüssen über Angelegenheiten, bei denen der Grund der Geheimhaltung entfallen ist**Sachverhalt:**

Gemäß Art. 52 Abs. 3 Gemeindeordnung und § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind. Diese sind im Einzelnen:

Aus der Sitzung des Bauausschusses vom 07.05.2024:

9.1 Erschließung des Baugebietes Bahnhofsiedlung NO; Ingenieurleistungen Leistungsphasen 1-4**Beschluss:**

Das Ingenieurbüro Sauer & Harrer, Eggolsheim wird beauftragt, die o. g. Leistungen, LPh 1-4 auszuführen. Dem Auftrag liegt das an die aktuellen Baukosten angepasste Angebot vom 28.02.2024 über voraussichtliche Kosten in Höhe von 142.251,40 € zuzüglich der jeweils gültigen Mehrwertsteuer zugrunde. 1. Bürgermeister Claus Schwarzmann bzw. dessen Stellvertreter ist ermächtigt, den Vertrag rechtsverbindlich zu unterzeichnen. Die Kosten der Leistungsphasen 1- 4 werden nach Abschluss der Städtebaulichen Verträge durch die DSK an den Markt erstattet. Ab Leistungsphase 5 tritt die DSK in den Vertrag ein.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

9.2 Drosendorf Feuerlöschweier - Vergabe Sanierungsarbeiten auf Grund von Biberschäden**Beschluss:**

Der Ausschuss beschließt aus dringlichen Gründen, die Erdarbeiten an die Fa. Pfeufer zu 30.000 € (brutto) zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

7. Wünsche und Anfragen**Sachverhalt:****7.1 Wiederherstellung der im Zusammenhang mit der Bahn-Baustelle beanspruchten Wege:**

Eine Begehung ist bereits erfolgt, die konkrete Wiederherstellung wird derzeit von Seiten der DB und der Bauüberwachung geprüft.

7.2 Löschweier Drosendorf:

Die Arbeiten wurden bereits durchgeführt. Die Einfriedung wird baldmöglichst errichtet.

7.3 Linksabbieger Aussiedlerhof Neuses:

Dieser Linksabbieger wurde für die Bahnbaustelle errichtet und nach Beendigung der Baustelle wieder ummarkiert.

Eggolsheim, 19.06.2024

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Markt Eggolsheim

Vorsitzender

Claus Schwarzmann

1. Bürgermeister

Robert Huber